

Die Schweiz auswechseln?

Veröffentlicht am 30. Juni 1994

Publiziert am 16. Juli 1994, Basellandschaftliche Zeitung, Standpunkt „Warum sollen wir denn die Schweiz auswechseln?“

Aktuell: Wegen dem Nein zum EWR wird neuerdings die Schweiz aus allen Kreisen heruntergemacht. Am schlechtesten kommen die Neinsager weg, denen überhaupt nicht zugestanden wird, dass es auch ihnen um das Erhalten der Schweiz, so wie sie gewachsen ist, geht. Alles soll jetzt ausgewechselt werden - vielleicht wäre diesen schweizerischen EWR-Befürworter zu empfehlen, selber die Heimat zu wechseln!!!

I

Die Reaktionen zum dreifachen Nein vom 12. Juni haben eine Grossoffensive auf die Schweiz und ihre Verfassung ausgelöst. Irgendwie - und sie sagen das ganz offen - haben die obersten Behörden, die entscheidenden Kreise in Politik und Wirtschaft, die Medien und die sich selber als vorwärtsblickend bezeichnenden Schweizer vom Stimmvolk genug:

Die einen schämen sich unseres Landes, wollen ihren Schweizerpass zurückgeben und auswandern. Andere finden das Stimmvolk nicht mehr befähigt, sachlich richtige und für das Land „würdige“ Entscheidungen zu treffen. Unsere Verfassung sei veraltet, die Grundlagen unserer staatlichen Unabhängigkeit, Neutralität und die direkten Volksrechte (Initiative und Referendum) überholt. Eine dritte Gruppe findet, das Volk sei bei dem komplexen Charakter der grossen Fragen unserer Zeit überfordert. All das müsse geändert werden. Kurzum, die Schweiz, wie sie heute bestehe, sei durch eine andere Schweiz auszuwechseln.

II

In dieser Situation haben der Bundesrat, die Parteien und alles was zur herrschenden « classe politique » gehört, ein dringliches Massnahmenpaket beschlossen:

Die Bundesfinanzen, soziale Leistungen und die Arbeitslosenversicherung, das Verhältnis zum Gatt und die EU, der Alpentransit und andere wichtige Fragen seien umgehend in Ordnung zu bringen - zweifellos im Sinne der bisher abgelehnten Vorschläge.

Die Totalrevision der Bundesverfassung sei rasch an die Hand zu nehmen und zügig voranzutreiben, wohl vor allem um die Auswirkungen von Volksabstimmungen (Ständemehr, Initiative, Referendum) mit den heutigen aussenpolitischen Anforderungen besser in Einklang zu bringen.

Schliesslich soll eine bessere Informationspolitik bzw. eine intensivere Erklärung (oder Werbung) bundesrätlicher Vorlagen dem Stimmvolk ermöglichen, sachlich richtigere Entscheidungen zu treffen usw. us

III

Was aber an diesem Massnahmenpaket am meisten fehlt ist eine *offene Autokritik* der Behörden und Parteien. Es wird so getan, als ob die verloren gegangene Glaubwürdigkeit der Behörden durch die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, also durch materialistische Überlegungen des Stimmvolks ausgelöst worden ist; Dazu die Kleinmütigkeit und der Egoismus der Neinsager, die ohnehin seit dem 9. Dezember 1992 nicht mehr als vollwertige Schweizer betrachtet werden.

Ist es nicht gerade diese Haltung, die zu dem konsequent von der Mehrheit bei den Abstimmungen der letzten Jahre abgegebenen Nein geführt hat. Man hat genug als unmündig und unfähig betrachtet zu werden, für das Land die richtige Entscheidungen treffen zu können. Zudem wie ein Zweitklässler ausgescholten zu werden. Um so mehr als es der Mehrheit der Stimmbürger bei ihrem Nein um mehr geht, als nur materielle Vorteile, angefangen von der Arbeitslosenversicherung, der AHV über die Bundesfinanzen bis zur Beteiligung an dem angeblich so verheissungsvollen grossen europäischen Markt und der für unser Land so vorteilhaften Regelung des Gatts.

Es geht den wirklich schweizerisch denkenden Stimmbürgern vor allem um die Erhaltung *unserer direkten Demokratie, unserer Unabhängigkeit und unserer Neutralität*. Alles Dinge, die uns erlaubt haben zu dem zu werden, was wir heute sind: ein Land in dem es (und das ist kein Überheblichkeit) immer noch mehr Ordnung und Sicherheit gibt als anderswo, in welchem die Armen, die Alten und die Jungen zwar nicht verwöhnt, aber immer noch besser als in den meisten anderen europäischen Ländern behandelt werden; schliesslich ein Land, das sich seiner humanitären Leistungen gar nicht zu schämen braucht. Vor allem aber ein Land, und zwar das einzige Land, in welchem Initiative und Referendum dem Volk eine direkte Beteiligung an der Ausübung der obersten Staatsgewalt noch einigermassen garantieren.

Mit dem Auswecheln der Schweiz sollte deshalb äusserst behutsam vorgegangen werden. Diejenigen, denen das Land nicht passt, sollen ruhig ihren Schweizerpass zurückgeben und auswandern - sie werden sehr rasch eines besseren belehrt werden!

© Frédéric Walthard